

Politik als Gefahrenabwehr

Autor(en): **Gebauer, Thomas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **36 (2017)**

Heft 70

PDF erstellt am: **27.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-780998>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politik als Gefahrenabwehr

Über die schleichende Aushöhlung von Recht und Demokratie

Wer hin und wieder mit dem Flugzeug reist, hat sie womöglich schon einmal gesehen: die kleinen, eher unscheinbaren Geräte, die uns am Ende von immer aufwendiger werdenden Kontrollen von Körper und Handgepäck auffordern, die gerade stattgefundenen Sicherheitschecks zu kommentieren. Meist stehen vier Optionen zur Wahl: vier Tasten mit Smileys, deren Gesichtsausdruck von Zufriedenheit bis Verärgerung variiert. Den eilig Reisenden mögen die kleinen Geräte das Gefühl geben, ernst genommen zu werden. Tatsächlich aber kommt in ihnen jene schleichende Aushöhlung von Recht und Demokratie zum Ausdruck, die mit der zunehmenden Ausrichtung unseres Lebens an Sicherheitsüberlegungen einhergeht.

Derzeit gibt es wohl kaum ein Thema, das mehr bewegt als das Thema Sicherheit. Sicherheit ist zu einem dominierenden gesellschaftlichen Dispositiv geworden. Es bestimmt den öffentlichen Diskurs, die Ausrichtung der Institutionen, die sozialen Interaktionen. Entsprechend vielfältig sind die Spuren, die Sicherheitsbemühungen im Alltag hinterlassen haben. Sie reichen von privaten Sicherheitsdiensten in U-Bahnen über chipbestückte Gesundheitsausweise, die erkennungsdienstliche Behandlung beim Grenzübertritt, die Vorratsdatenspeicherung, die Videoüberwachung von Plätzen, Strassen oder ganzen Städten, die satellitengestützte Kontrolle des Verkehrs, von Kameras in Schulen bis hin zur Massenausspähung durch Geheimdienste, die in jedem Menschen eine potenzielle Sicherheitsgefahr sehen.

Und auch bei uns, den Ausgespähten, hat Sicherheit eine zunehmend grössere Bedeutung. Aktuelle Umfragen zeigen, dass Jugendliche inzwischen mehr um die innere Sicherheit besorgt sind als um ihre Ausbildung. Angesichts all des Elends, das in der Welt herrscht, angesichts von Kriegen und Gewalt, von ungelösten Zukunftsfragen, wachsender sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Auflösungserscheinungen erstaunt das wenig. Die Welt, daran gibt es keinen Zweifel, ist zu einem höchst unsicheren Ort geworden, weshalb das Bedürfnis nach Sicherheit keineswegs als solches verächtlich zu machen ist. Die Garantie körperlicher Unversehrtheit, der Schutz vor Überfällen, die Rechtssicherheit, der Zugang zu sozialer Sicherung – all das steht in Bezug zu fundamentalen Menschenrechten, deren Realisierung und Sicherstellung wichtige gesellschaftliche

Aufgaben sind. Nicht das Bedürfnis nach Sicherheit ist problematisch, sondern die Art, wie es gesellschaftlich formiert und schliesslich auch instrumentalisiert wird.

Bunte Bedrohungsszenarien

Einen ersten Hinweis auf den heiklen Umgang mit dem Bedürfnis nach Sicherheit liefern die vielen Panik- und Moralkampagnen, mit denen die Boulevardpresse ihre Auflagen bestreitet. Bei all den Verbrechens- und Skandalgeschichten, die uns tagtäglich vorgesetzt werden, geht es nicht darum, ordnungspolitische Massnahmen durchzusetzen. Es sind andere Bedürfnisse und Interessen, die das nicht enden wollende Evozieren von Bedrohungsgefühlen und Empörung bedient. Denn aus Ängsten lässt sich auch Kapital schlagen. Ängste sichern nicht nur die Geschäfte einer boomenden Sicherheitsindustrie, sondern lassen sich auch höchst wirksam im politischen Wettbewerb um die Gunst von WählerInnen instrumentalisieren. Wer Bedrohungsszenarien auszumalen weiss und sich dabei als zupackende Retterin zu inszenieren versteht, punktet bei denen, die Unsicherheit empfinden. Zu welcher Meisterschaft sich Politiker in dieser Disziplin aufschwingen können, ist nicht zuletzt in Wahlkampfzeiten zu beobachten.

Der Wirtschaft kann das nur recht sein. Die Plattform für Sicherheitsinformationen SecuPedia beziffert allein den deutschen Markt für Sicherheitsdienstleistungen und Sicherheitsprodukte auf rund 14,5 Milliarden Euro für das Jahr 2015. Nicht enthalten sind darin Aufwendungen für Arbeits- und Umweltschutz, für Verkehrssicherheit und Verteidigung. Private Sicherheitsdienste und die elektronische Sicherheitstechnik verzeichnen zweistellige Zuwachsraten. Auf einschlägigen Fachmessen lässt sich bestaunen, was die Sicherheitsbranche heute alles im Angebot hat. Allein auf der «Security Essen», der weltgrössten Fachmesse der Branche, haben 2016 über tausend Aussteller aus 45 Ländern ihre Produkte und Innovationen vorgestellt. Schwerpunktthemen waren der Einbruchschutz, intelligente Videoüberwachung und sogenannte Smart-Border-Lösungen zur Automatisierung der Einreiseerfassung an Flughäfen. Auch Gesichtserkennungstechnologien, deren Einsatz gegen geltende Datenschutzbestimmungen verstösst, werden munter weiterentwickelt und beworben.

Terroranschläge, wie die in Nizza, London oder Berlin, scheinen solche technologischen Aufrüstungen nachgerade herauszufordern. Doch der weitverbreitete Eindruck, dass sich heute Terroranschläge in Westeuropa häufen, täuscht. Vor allem in den 1970er- und 1980er-Jahren war die reale Bedrohungslage sehr viel höher. Ganz offenbar korrespondiert das permanente Thematisieren von Gefahren und Risiken mit einer höchst eigentümlichen Wahrnehmungsverzerrung. So wächst heute die Angst, Opfer von Gewaltverbrechen zu werden,

obwohl die Polizeistatistiken dazu keinen Anlass geben. Der Widerspruch zwischen gefühlter und realer Bedrohung ist aber nicht allein menschlicher Irrationalität geschuldet, sondern Ausdruck politischer Verhältnisse, die es näher zu untersuchen gilt.

Mythos Alternativlosigkeit

Wer sich bei all den mitunter hysterisch anmutenden Nachrichten über Terror und Gewalt nicht den Blick für die Wirklichkeit verstellen lässt, wird erkennen, dass die Schrecken der Welt nicht einfach vom Himmel fallen. Vielmehr sind sie Folgen politischen Handelns und somit auch politisch bearbeitbar. Voraussetzung dafür ist freilich ein Verständnis für die Ursachen von sozialen Missständen. Die britischen Sozialwissenschaftler Richard Wilkinson und Kate Pickett etwa konnten mit Studien nachweisen, dass Gewaltverbrechen, aber auch Rassismus, Suizide, die Zunahme psychischer Erkrankungen und viele der anderen Probleme, die heute so lärmend von sich reden machen, mit dem Grad der Ungleichheit korrelieren, der in Gesellschaften herrscht. Nicht mangelnde Sicherheitsvorkehrungen sind das Problem, sondern die sozialen Verunsicherungen, die im Zuge der Globalisierung so dramatisch gewachsen sind.

Zwei gegenläufige Bewegungen haben den bisherigen Globalisierungsverlauf bestimmt: Einerseits wurde die Welt in ein einziges wirtschaftspolitisches System integriert. Andererseits wurden grosse Teile der Weltbevölkerung zu «überflüssigen» Menschen degradiert, die in den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen nicht mehr gebraucht werden.

Immer unversöhnlicher stehen sich heute der globale Norden mit seiner wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Vorherrschaft und der globale Süden mit den Zonen der Armut, der Perspektivlosigkeit und des sozialen Ausschlusses gegenüber. Dabei breitet sich der globale Süden längst auch in den Banlieues und sozialen Brennpunkten der europäischen und nordamerikanischen Städte aus. Längst sind Nord und Süd nicht mehr nur geografische, sondern vor allem politische Begriffe. Wie krass die Gegensätze sein können, zeigt sich in Städten wie Rio de Janeiro, wo die Luxusapartements der Reichen unmittelbar an die Favelas der Armen angrenzen.

Dass in solchen Verhältnissen Unsicherheit und Gewalt zunehmen, verwundert kaum. Genauso wenig aber sind die sozialen Spannungen zwingend. Sie sind das Ergebnis politischen Versagens, genauer: das Ergebnis jener von Pierre Bourdieu so trefflich beschriebenen «Politik der Entpolitisierung», die ihre Gestaltungskompetenz mehr und mehr den Vorgaben einer auf Wachstum und Rendite ausgerichteten Ökonomie untergeordnet hat.

«There is no alternative», behauptete Margaret Thatcher, als sie in den 1980er-Jahren die globale Entfesselung des Kapitalismus gegenüber KritikerInnen

rechtfertigte. Das Versprechen, dass über die Liberalisierung des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs auch etwas für die Armen abfallen würde, hat sich aber als Trugschluss erwiesen. Statt zu einem Trickle-down-Effekt kam es zu dessen Gegenteil, zur Umverteilung von unten nach oben. Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Acht Einzelpersonen, so berechnete Oxfam kürzlich, sollen so viel besitzen wie die ärmsten 3,5 Milliarden Menschen der Weltbevölkerung zusammen.

So unerträglich solche Umstände sind, so erschütternd ist, dass sie heute meist nur noch achselzuckend zur Kenntnis genommen werden. Selbst himmel-schreiendes Elend gilt vielen als Ausdruck quasi naturwüchsiger Verhältnisse. Ganz offenbar ist das Diktum der «Alternativlosigkeit» zu einem beherrschenden Mythos geworden. Unter solchen Umständen verwundert es dann auch nicht, wenn sich heute eine Mehrheit eher den Weltuntergang vorstellen kann als das Ende des Kapitalismus.

Die Hartnäckigkeit, mit der sich das multiple Krisengeschehen in der Gegenwart hält, ja sogar noch zunimmt, lässt solche Dystopien blühen. Dabei scheint die Talsohle der sozialen Auflösungserscheinungen noch nicht einmal erreicht. Etwa 30 bis 50 Länder gelten inzwischen als sogenannte Failed States. Ihre Staatswesen wurden zwecks Integration in den Weltmarkt und/oder im Rahmen von Kriegsökonomien bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt bzw. auf repressive Machtapparate reduziert. In Ländern wie Somalia, Guatemala, Haiti, Afghanistan, Bangladesch und selbst Nigeria oder Kenia sind es immer weniger demokratisch legitimierte Institutionen, die für die Sicherheit der Menschen sorgen, sondern traditionelle Clan- und Familienstrukturen, Warlords, Privatarmeen und nicht selten kriminelle Netzwerke.

Aber auch hierzulande werden die Folgen der neoliberalen Umgestaltung der Welt spürbar; auch in Europa nimmt der Druck auf die Sozialsysteme zu. Die gigantischen Kapital- und Geldvermögen, die im Zuge der Umverteilung von unten nach oben angehäuft wurden, lassen sich heute kaum noch rentabel investieren. Rendite verspricht eigentlich nur noch die Senkung von Produktionskosten, sprich Lohndumping, Steuervermeidung, das Umgehen von Sozial- und Umweltschutzauflagen sowie die Privatisierung (sozial)staatlicher Institutionen. Dort, in der Energiesicherung, der Wasserversorgung, der Krankenversicherung, der Rente etc. rechnen sich KapitalanlegerInnen nach wie vor grosse Profitchancen aus.

Die Enteignung des sozialen Eigentums – und um nichts anderes geht es bei der Privatisierung solcher Institutionen –, die in den letzten Jahren mit Nachdruck politisch vorangetrieben wurde, hat ganz erheblich zur sozialen Verunsicherung beigetragen. Die Lage an den Rändern Europas zeigt, wie weit dieser Kahlschlag noch getrieben werden kann.

Durch die Finanzkrise, das Elend in Griechenland und schliesslich durch die sogenannte Flüchtlingskrise wurde auch hierzulande erfahrbar, wie sehr die Welt aus den Fugen geraten ist. Dabei symbolisieren Flüchtende, wie Hannah

Arendt es dargelegt hat, nicht nur Elend, sondern vor allem, wie nahe Zivilisation und Barbarei zusammenliegen. Menschen, die sich mit einem Bündel Habseligkeit auf den Weg machen, sind zurückgeworfen auf das, was in der politischen Theorie mit Naturzustand, mit Barbarei gemeint ist: eine Existenz bar von Rechten, bar von Schutz durch Staaten. Und so wird allein durch den Anblick von Flüchtenden deutlich, wie eng in der heutigen Welt Wohlstand mit Verlust und Zerstörung einhergeht.

Krise und Demagogie

Mit der Krise kommt bekanntlich auch die Stunde der DemagogInnen, die sich die Verunsicherungen der Leute zunutze machen. Mit dumpfer Hetze gegen Flüchtende, Medien und Europa bedienen rechtsgerichtete und ausländerfeindliche Parteien die Sehnsucht nach einer Vergangenheit, in der noch Ordnung und Stabilität geherrscht haben soll und Politik noch national bestimmt worden sei. Solche Ressentiments bereiten den Boden für die öffentliche Zustimmung zu sicherheitspolitischen Strategien.

Für die eigenen Ohnmachtserfahrungen müssen andere verantwortlich gemacht werden: die Hilfeempfänger, die sich vermeintlich in der «sozialen Hängematte» ausruhen, die «faulen Griechen», die Menschen im Süden, die «aus unserer Tasche leben», die Flüchtenden, aber auch die Bürokraten in Brüssel, «die da oben», die allesamt die Schuld an der eigenen Verunsicherung tragen. Das Unbehagen wird durch den Anschluss an rechtspopulistische Bewegungen kompensiert. Er gibt den Einzelnen das Gefühl, Teil einer mächtigen Gemeinschaft zu sein, in der auch der Wunsch nach traditionellen Hierarchien einen neuen Ort findet. Ein Wunsch, der in modernen ökonomischen Verwertungs-zwängen oft keinen Platz mehr findet. Der Tritt nach unten, der Hass auf alle, die nicht dazugehören, die Verfolgung wehrloser und schwacher Minderheiten stellt diese Hierarchie wieder her. Rassistische und islamfeindliche Einstellungen helfen bei der Umwandlung von Angst in Hass.

Neoliberaler Zynismus

Zu Recht beklagen Medien und Politiker diese Formen wehrhafter Abschottung – und tun doch vieles dafür, dass sie sich fortsetzen. Denn statt den Ursachen nachzuspüren, beschränkt sich Politik meist auf blosses Krisenmanagement, das die Missstände nicht aufhebt, sondern letztlich noch forciert. Mit allen Mitteln soll der Status quo, und sei er noch so prekär, gesichert werden. Es sei «eine ganz, ganz unruhige Welt», so Angela Merkel vor einigen Jahren in einem Interview. Eine Welt, in der nur die eine Chance bestehe, nämlich: «auf Sicht fahren».

Einer solchen Politik, die gar nicht mehr den Anspruch erhebt, Alternativen zur herrschenden Krisendynamik zu denken und jegliche Idee vorbeugender Eingriffe längst aufgegeben hat, bleibt nur die punktuelle Gefahrenabwehr.

Doch Gesellschaftlichkeit, deren Fundament im Zuge wachsender Ungleichheit ins Wanken gerät, lässt sich weder mit zusätzlichen Mauern noch mit einer Politik des Wegschliessens und auch nicht mit der Ausweitung von Sicherheitsapparaten dauerhaft retten. Auch mit all den heute in Berlin, Paris und Brüssel diskutierten Gesetzesverschärfungen – so vernünftig ein rigideres Waffenrecht auch sein mag – wird es nicht gelingen, der Gewalt wirksam zu begegnen. Mit Sicherheitspolitik wird die soziale Ungleichheit nicht beseitigt, sondern verfestigt. Am Ende solcher fataler Spiralen stehen nicht selten weitere Gewalt und schliesslich der Ruf nach dem, was PolitikerInnen mitunter als einzig noch verbliebenes Mittel erscheint: das Militär.

Ganz offenbar ist der utopische Überschuss, der zur Gründung der UNO geführt hat, einem pragmatischen Realismus gewichen, der nichts mehr verändern will, sondern nur noch darum bemüht ist, bestehende Privilegien und die sie begründenden Machtverhältnisse abzusichern.

Es ist bezeichnend, dass der UN-Wirtschafts- und Sozialrat (Ecosoc), der 1946 mit dem gleich bedeutenden UN-Sicherheitsrat konzipiert wurde, heute kaum noch eine Rolle spielt. Die Idee, den Frieden in der Welt durch eine allgemeine, auf Integration drängende wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern, ist einer Versicherheitlichung der Politik gewichen, die selbst in der Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik nur noch Instrumente der Gefahrenabwehr sieht. Das belegt der aktuelle Missbrauch von Entwicklungshilfegeldern für die Flüchtlingsabwehr und den Aufbau vorgelagerter Grenzkontrollregime auf skandalöse Weise.

In den Risikoanalysen einflussreicher Think-Tanks in Washington oder Berlin findet sich kaum eine Zeile, in der die Ursachen für die gegenwärtigen Bedrohungen mit der politischen, ökonomischen und kulturellen Vorherrschaft des Nordens in Verbindung gebracht werden. Nicht der marktradikale Kapitalismus mit all seinen negativen Auswirkungen auf die Lebensumstände der Menschen im Süden gilt als Problem, sondern das, was aus ihm resultiert: der wachsende Bevölkerungsdruck, die Verslumung der Städte, die Gewalt, die Migration. Nicht die Schleppnetzfisherei europäischer und asiatischer Riesentrawler ist das Problem, sondern die Piraterie, mit der Kleinfischer zu überleben versuchen. Nicht die milliardenschweren EU-Agrarsubventionen stehen im Fokus, sondern die Flüchtenden aus Afrika, die sich auf den Weg nach Europa machen, weil die Erträge ihrer Landwirtschaft mit den subventionierten Produkten aus Europa nicht konkurrieren können.

Hier wird der Kern des derzeit herrschenden Sicherheitsdiskurses offenbar: Die sicherheitspolitischen Überlegungen der die Welt dominierenden Mächte drehen sich nur um die Absicherung eines begrenzten Teils von Menschen, um

die Absicherung der rentablen Regionen der Welt vor den Zonen der Ausgegrenzten und Überflüssigen. Und dies sowohl im Binnenverhältnis der Staaten als auch im globalen Kontext. Auf diese Weise werden ausgerechnet diejenigen in ihren Lebensumständen verunsichert, die am meisten sozialer Sicherung bedürfen: die sozial Ausgegrenzten, die Chancen- und Mittellosen.

Die Folgen lassen sich unter anderem in den USA beobachten, wo mit der Fragmentierung der Gesellschaft auch die räumliche Segregation rasch voranschreitet. Immer mehr US-Haushalte drängt es in Gated Communities, die meist von privaten Sicherheitsdiensten geschützt werden. Von 2001 bis 2009 ist die Zahl der Haushalte in Gated Communities von 7 auf 11 Millionen angewachsen. Gleichzeitig sassen über 2 Millionen US-BürgerInnen in Gefängnissen; das ist nach den Seychellen die höchste Internierungsrate der Welt.

Der Zynismus des neoliberalen Credos – wenn jede und jeder an sich denkt, ist auch an alle gedacht – wird durch solchen Zahlen evident. Mit der Entfesselung des Kapitalismus wurden egoistische Grundhaltungen freigesetzt, die ein neues Menschenbild schufen. Nicht mehr die sozialen Verhältnisse sollen für die Lage der Menschen verantwortlich sein, sondern die Menschen selbst. Bildungsferne, Armut, Depressionen, Burn-out, der Verlust von Lebensgrundlagen, all das gilt inzwischen als selbstverschuldet, als Wesenszüge, die denen, die an den Verhältnissen scheitern, persönlich anhaften. Die gesellschaftliche Polarisierung, die in solchen Haltungen zum Ausdruck kommt, erinnert an längst überkommen geglaubte koloniale Spaltungen.

Für die Gewinner der Globalisierung scheint die Sache einfach: Nicht der Konsum von Produkten, die unter erbärmlichen Arbeitsbedingungen in Weltmarktfabriken oder durch Kinderhände hergestellt werden, gilt ihnen als Problem, sondern dass es womöglich «da draussen» Menschen gibt, die diesen Konsum vermiesen oder gar streitig machen könnten. Alles, was die eigene imperiale Lebensweise stören könnte, muss unterbunden werden, im Globalen wie im Lokalen, durch Flüchtlingsabwehr an den Aussengrenzen oder Platzverbote in den Städten. In Frankfurt ermächtigt eine kommunale Gefahrenverordnung die Polizei, Bettler – so sie das Bild stören – aus der Innenstadt zu entfernen. Und auch Flüchtende werden wieder unsichtbar, wenn sie weitab in Lagern untergebracht werden – auch wenn dort die Zustände noch unmenschlicher sind, wie derzeit in Libyen.

Verunsicherung durch Versicherheitlichung

Damit sind die gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen, die mit der Durchdringung der Lebenswelten durch Sicherheitsstrategien einhergehen, bereits angesprochen. Besonders bedenklich ist aber auch der zunehmende Bedeutungsverlust des Rechts, an dessen Stelle das Sicherheitsdispositiv tritt.

Rechte, allzumal die Menschenrechte, werden vom Anspruch auf Gleichheit getragen. Der Grundsatz der Universalität gilt selbst dann noch, wenn Rechte durch Macht und Interessen gebeugt werden. Die Anrufung der Menschenrechte drängt deshalb immer auf eine Politik des Ausgleichs; die Logik der Sicherheit hingegen zielt auf Abschottung. So geht im Sicherheitsdispositiv das für das Recht und die Menschenrechte so fundamentale Prinzip der Nicht-Diskriminierung verloren.

Wie schnell und umstandslos sich dieser Verlust ereignen kann, lässt sich in den Reden von PolitikerInnen verfolgen. Mit Blick auf die Gefahrenlage heisst es immer öfter, dass der Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte dem Bemühen um Sicherheit hintangestellt werden müssen. Ausgerechnet in Frankreich, das vielen als das Ursprungsland der Menschenrechte gilt, geht der Krieg gegen den Terror heute einher mit einer Einschränkung der Bürgerrechte.

Wo Unsicherheit zu einem permanenten Lebensgefühl wird, haben SicherheitspolitikerInnen leichtes Spiel. Politisch forcierte soziale Ungewissheit legitimiert eine Politik, die sich immer weniger am bestehenden Recht, sondern an dem orientiert, was scheinbar notwendig getan werden muss. Selbst in Ländern mit demokratischer Tradition wird heute der Geltungsanspruch des Folterverbots infrage gestellt. Richterinnen, die, den Buchstaben des Gesetzes folgend, Straftäter nicht über die vorgesehenen Haftstrafen hinaus wegschliessen wollen, sind den Attacken der Boulevardpresse ausgesetzt. Das zeigt, wie sehr sich die Öffentlichkeit bereits mit dem Sicherheitsdispositiv arrangiert hat. Überwachungsmassnahmen, die noch vor einigen Jahren zu massiven Protesten geführt hätten, werden heute hingenommen; Gewöhnung macht sich breit; die Überzeugung wächst, dass Leben und Überleben ohne wehrhafte Sicherheitsmassnahmen eigentlich nicht mehr möglich ist, selbst wenn diese gegen geltendes Recht verstossen.

Die Botschaft, die im Hintergrund solcher Politik mitschwingt, ist ebenso populär wie perfide. Weil sozialer Ausgleich gar nicht angestrebt wird, gibt es zur wehrhaften Abschottung keine Alternative – privat wie auf globaler Ebene. Einzig das Gefühl permanenter Bedrohung legitimiert neoliberale Herrschaftsstrategien jenseits von Recht und Justiz.

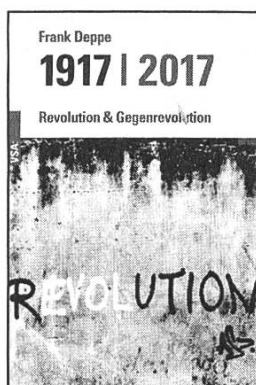
Die Aushebelung des Rechts führt letztlich zur Aushöhlung von Demokratie, zu einem zivilisatorischen Rückschritt. Die Orientierung an Recht und Rechtsansprüchen fördert die Autonomie von Menschen; wird dagegen Sicherheit zum vorherrschenden Dispositiv, geraten Menschen in die Abhängigkeit eines medial gestützten Mainstream-Diskurses.

Die Moral, die aus solchen Abhängigkeiten resultiert, ist eine Moral mit Anschlusszwang, die nicht mehr auf einem demokratisch gebildeten Urteil von mündigen BürgerInnen gründet, sondern auf einer manipulierenden Vermengung von Information und Meinung. So sind immer mehr Menschen überzeugt, dass wir uns sozialstaatliche Leistungen und öffentliche Güter nicht mehr leis-

ten können, obwohl der gesellschaftliche Reichtum nie so gross war wie heute. Man begrüsst die «schwarze Null», die der Finanzminister anstrebt, obwohl sie mehr der Wirtschaft als den Menschen dient. Nicht der Abbau der sozialen Sicherung erscheint als Problem, sondern die Möglichkeit, dass es vielleicht hier und da Menschen gibt, die sich in der sozialen Hängematte ausruhen. Für das so entstehende Ressentiment bleibt es unerheblich, dass auf jeden Euro Sozialmissbrauch 1400 Euro Steuerhinterziehung kommen.

Es gehört zu den vordringlichen Aufgaben einer kritischen Öffentlichkeit, den herrschenden Sicherheitsdiskurs zurückzuweisen. Nicht Sicherheit schafft Frieden, sondern Gerechtigkeit. Diesen altbekannten Grundsatz gilt es heute wiederholt gegen eine Politik, die auf «security first» aus ist, stark zu machen. Gleichzeitig gilt es, die Entwicklung einer globalen Perspektive voranzutreiben, in der Sicherheit nicht mehr dem selektiven Schutz Privilegierter dient, sondern der Sicherung der politischen und sozialen Rechte aller Menschen. Notwendig ist die Rekonstruktion eines emphatischen Begriffs von Solidarität, der sich nicht auf Almosen und Wohltätigkeit, sondern auf institutionell gesicherte Rechte und damit einhergehende Rechtsansprüche stützt. Gelingt das nicht, werden Apparate wie diejenigen an den Flughäfen dieser Welt Überhand nehmen. Dann wird es nicht mehr um die Frage gehen, wie den Schrecken der Welt durch andere Politik begegnet werden kann, sondern nur noch darum, ob uns die zugemuteten Sicherheitsmassnahmen passen oder nicht. Das Drücken einer der vier Smiley-Tasten suggeriert Beteiligung. Die Frage aber, zu der wir uns hier äussern dürfen, ist nur noch von bescheidener Relevanz, lenkt von den eigentlichen Problemen ab und lässt Demokratie zur Farce verkümmern.

VSA: Unfriedliche Zeiten



Frank Deppe
1917 | 2017
 Revolution und
 Gegenrevolution
 256 Seiten | € 19.80
 ISBN 978-3-89965-
 754-8
 Eine Analyse der Ent-
 stehungsbedingungen,
 globalen Folgen und
 des Scheiterns der
 Oktoberrevolution.



Joachim Bischoff
**Donald Trump – ein
 Präsident mit Risiko**
 Die USA zwischen
 Niedergang der
 Demokratie und
 dem Umsturz der
 Weltordnung
 Eine Flugschrift
 160 Seiten | € 14.80
 ISBN ISBN 978-3-
 89965-750-0



Matthias van
 der Minde
Dialektik der Bombe
 Chronologie und
 Kritik des atomaren
 Zeitalters
 300 Seiten | € 24.80
 ISBN 978-3-89965-
 783-8



Eberhard Schultz
**Feindbild Islam
 und institutioneller
 Rassismus**
 Menschenrechtsarbeit
 in Zeiten von
 Migration und
 Anti-Terrorismus
 240 Seiten | € 16.80
 ISBN 978-3-89965-
 773-9

www.vsa-verlag.de